

Es informiert Sie	Gabriele Schubert
Telefon (0202)	563 6322
Fax (0202)	563 8031
E-Mail	gabriele.schubert@stadt.wuppertal.de
Datum	08.01.14

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (SI/0328/13) am 12.12.2013

Anwesend sind die Stadtverordneten:

Vorsitz

Frau Dorothea Glauner ,

von der CDU-Fraktion

Frau Claudia Hardt , Herr BM Jan Phillip Kühme , Frau Ute Mindt , Herr Ulf Christian Schmidt ,

von der SPD-Fraktion

Frau Barbara Dudda-Dillbohner , Herr Guido Grüning , Herr Thomas Kring (für Frau Sanda Grätz),

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Dieter Lüdemann , Herr Hans-Peter Vorsteher ,

von der WfW-Fraktion

Herr Dr. Günter Schiller ,

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Gerd-Peter Zielezinski ,

von der Verwaltung

Herr OB Peter Jung , Herr Beig. Matthias Nocke ,

Herr Norbert Döle (403), Herr Michael Telian (000), Frau Martina Schmidt , Herr Franz Heilmann ,
Herr Wolfgang Möllers , Herr Frank Noetzel , Herr Klaus Zieglam , Prüferinnen und Prüfer (002) ,

Schriftführerin

Frau Gabriele Schubert

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:43 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Wuppertal zum 31.12.2012 Vorlage: VO/1125/13

Frau Schmidt führt aus, schwerpunktmäßig werde heute die Jahresabschlussprüfung 2012 beraten. Erstmals werde die gesetzliche Frist zur Feststellung des Jahresabschlusses eingehalten. Auch dieses Mal könne ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt werden. Im Interfraktionellen Arbeitskreis habe eine ausführliche Besprechung stattgefunden, so dass Herr Möllers nur eine kurze Zusammenfassung der Schwerpunkte gebe.

Herr Möllers erläutert, der Jahresabschluss 2012 sei der fünfte Jahresabschluss unter dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF), der in Wuppertal aufgestellt und geprüft worden sei. Am 29.04.13 sei der Entwurf des Jahresabschlusses in den Rat eingebracht und an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung überwiesen worden. Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) sei bei der Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt werden könne und empfehle dem Ausschuss in der vorgelegten Drucksache, sich dem Votum des RPA anzuschließen und die Vorsitzende zu ermächtigen, den Bestätigungsvermerk mit zu unterzeichnen.

Als Eckpunkte zum Jahresabschluss könne er die Bilanzsumme in Höhe von 3,56 Mrd. € bei einem Eigenkapital in Höhe von 36,6 Mio. € (1,03 %) nennen. Die Eigenkapitalquote sei sehr gering, vor einigen Jahren habe die Situation allerdings noch schlechter ausgesehen. Man habe damals einen nicht gedeckten Fehlbetrag erwartet. Durch verschiedene Umstände sei hier eine recht positive Entwicklung eingetreten. Erträge und Aufwendungen lägen bei ca. 1,2 Mrd. €; es ergebe sich ein Fehlbetrag in Höhe von 40,6 Mio. €. Veränderungen in der Bilanz hätten sich zum Teil durch Geschäftsvorfälle ergeben, die im Lagebericht genannt seien. Anhang und Lagebericht hätten sich im Laufe der Jahre deutlich verbessert und seien inzwischen wesentlich aussagekräftiger als in den ersten Jahren.

Im Interfraktionellen Arbeitskreis des Rechnungsprüfungsausschusses sei die Frage nach der Bilanzierung der Barmer Wohnungsbau AG gestellt worden. Sie sei im Vorjahr mit 34.500 € im Anlagevermögen bilanziert gewesen. Im Jahr 2012 sei der Wert mit Null ausgewiesen worden, da die Anteile an der Barmer Wohnungsbau AG in unveränderter Höhe vom Anlage- in das Umlaufvermögen umgegliedert worden seien (Aktivtausch). Ursache hierfür sei ein Ende 2011 gefasster Ratsbeschluss zur Portfolio-Bereinigung gewesen.

Herr Stv. Lüdemann fragt zu S. 22 des Prüfberichts, warum sich die Zahl der Beamten um 1,2 % erhöht habe und wie die Prognose für die nächsten zwei Jahre aussehe.

Herr Zieglam antwortet, die zukünftige Entwicklung könne er nicht prognostizieren, bei der genannten Zahl der Beamten handele es sich allerdings ausschließlich um die Beamten, für die eine Pensionsrückstellung gebildet worden sei. Es fehlten dabei zum Beispiel die Beamtenanwärter und andere Personen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss bittet um die Beantwortung der Frage, wie sich die Anzahl der Beamten, für die Pensionsrückstellungen gebildet werden, in den nächsten zwei Jahren entwickeln wird.

Herr Stv. Vorsteher fragt, ob die stellvertretende Leiterin des Von-der-Heydt-Museums bei der Bewertung der Kunstgegenstände mitwirken könne, um den Museumsdirektor zu entlasten.

Herr Beig. Nocke antwortet, es scheine Unklarheiten über den Umfang zu geben, die er gerne ausräumen wolle. Betroffen seien ca. 3.500 Gemälde, 500 Skulpturen und 35.000 Arbeiten auf Papier. Man wolle wegen unterschiedlicher Auffassungen im Hause zu einer Inventarisierung übergehen. In diesem Zusammenhang solle die Bewertung zügig zu Ende geführt werden. Es müsse berücksichtigt werden, dass es ein kleines aber engagiertes Personalteam gebe.

Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12.12.2013:

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt die Drucksache Nr. VO/1125/13 gemäß Beschlussvorschlag, Punkt 1, erster Spiegelstrich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt die Drucksache Nr. VO/1125/13 gemäß Beschlussvorschlag, Punkt 1., zweiter Spiegelstrich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt die Drucksache Nr. VO/1125/13 gemäß Beschlussvorschlag, Punkt 1., dritter Spiegelstrich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt die Drucksache Nr. VO/1125/13 gemäß Beschlussvorschlag, Punkt 1., vierter Spiegelstrich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**2 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Wuppertal zum 31.12.2012
Vorlage: VO/1150/13**

Frau Schmidt erläutert, Satz 2 des Beschlussvorschlages sei im Hauptausschuss geändert worden und habe nun folgende Fassung: „Die Allgemeine Rücklage wird zur Deckung des Fehlbetrages in Höhe von 40.583.767,71 € gemäß § 96 Abs. 1 S. 2 GO NRW verwendet.“. Sie führt aus, es gebe eine Übereinstimmung zwischen der Drucksache des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung des Jahresabschlusses und der

Drucksache der Kämmerei zur Feststellung des Jahresabschlusses. Der Beschlussvorschlag der Drucksache des RPA beinhalte Teile des Beschlussvorschlags der Drucksache der Kämmerei. Technisch sei dies nicht so leicht zu entwirren, man werde aber in Zukunft eine Lösung suchen.

Herr Stv. Lüdemann zitiert S. 50 des Berichts der Kämmerei über den Jahresabschluss der Stadt Wuppertal zum 31.12.2012. Hier seien Pensionsrückstellungen für Beamte in Höhe von insgesamt 29,5 Mio. € aufgeführt. Er habe sich gefragt, was mit dem Betrag geschehe und angenommen, dass dieser an die Rheinische Versorgungskasse weitergeleitet werde, was aber wohl nicht der Fall sei. Nun habe er den Verdacht, dass dieser Betrag einfach nur im Haushalt bilanziert werde.

Herr OB Jung antwortet, die Position diene wie alle Passiva der Finanzierung der Aktivseite.

Herr Möllers antwortet, die Frage betreffe die Bilanzierung bei allen Kommunen. Es sei ein Trugschluss zu glauben, die Pensionsrückstellungen auf der Passivseite seien durch ein Vermögen gedeckt, das auch direkt dafür eingesetzt werden könne. Ein Teil der Pensionsrückstellungen sei auf der Aktivseite gedeckt.

Herr Zieglam ergänzt, nach dem EFoG (Gesetz zur Einrichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen) seien Fondsanteile bei der Westdeutschen Landesbank gekauft worden. Es bestehe ein Guthaben mit einem Nennwert von ca. 8 oder 9 Mio. €. Es handele sich hierbei allerdings um einen Bruchteil der auf die Stadt zukommenden Verpflichtungen. Die Deckung der Pensionsrückstellungen sei im Übrigen durch die gegenüberstehenden Vermögenswerte, wie auch Straßen, Plätze und Kunstgegenstände, gegeben.

Herr OB Jung unterstreicht, es handele sich um einfaches deutsches Bilanzrecht und sei bei jedem Unternehmen so.

Herr Stv. Lüdemann widerspricht, typische deutsche Aktiengesellschaften zahlten in Pensionskassen ein. Die hoch verschuldeten Kommunen in NRW machten dies nicht, weil sie es sich nicht leisten könnten. Das Ziel sei, dass die Kommunen wieder Geld hätten und in Versorgungswerke einzahlen könnten.

Herr OB Jung betont, dann stünde den Pensionsrückstellungen etwas gegenüber, und zwar Forderungen an die Pensionskassen auf der Aktivseite. Das ändere nichts am Bilanzrecht. Die Passivseite diene zur Finanzierung der Aktivseite.

Frau Stv. Dudda-Dillbohner führt aus, normale Firmen bildeten keine Pensionsrückstellungen. Hier gebe es eine gesetzlich vorgeschriebene Sicherung über bestimmte Vereinigungen. Es handele sich dabei um einen anderen Tatbestand als er hier bezüglich der Pensionen vorliege, nämlich um Zusatzversicherungen.

Herr OB Jung verdeutlicht, Rückstellungen seien zu bilden, wenn eine Belastung drohe oder vermutet werde, dass sie eintrete. Wie ein vorsichtiger Kaufmann müsse auch die Stadt dann eine Rückstellung bilden.

Frau Stv. Dudda-Dillbohner betont, sie finde es schön, dass zum ersten Mal solange man denken könne, der Jahresabschluss in dem Jahr beschlossen werden könne, das auf das abgeschlossene Jahr folge. Sie bedankt sich bei den beteiligten Kolleginnen und Kollegen und äußert Stolz im Hinblick auf die geleistete Arbeit. Sie hoffe, dass sich die Arbeit auch in der Zukunft auszahle, da

es erst jetzt wieder einen Sinn mache, umfangreichere Berichte einzustellen, da sie einen aktuellen Bezug hätten.

Herr OB Jung bestätigt das Lob. Im interkommunalen Vergleich sei Wuppertal in seiner Umgangsweise mit dieser Aufgabe ein leuchtendes Beispiel. Hierfür wolle er sich herzlich bedanken, zumal nun die große Aufgabe anstehe, die Konzernbilanzen zu konsolidieren.

Die **Vorsitzende** schließt sich für den gesamten Ausschuss diesem Dank an das RPA an.

Sie weist darauf hin, dass Satz 2 des Beschlussvorschlages geändert wurde.

Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12.12.2013:

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Drucksache Nr. VO/1150/13 gemäß Beschlussvorschlag mit folgender Änderung zu beschließen:

Satz 2 des Beschlussvorschlages wird wie folgt neu gefasst:

Die Allgemeine Rücklage wird zur Deckung des Fehlbetrages in Höhe von 40.583.767,71 € gemäß § 96 Abs. 1 S. 2 GO NRW verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

3 **Verschiedenes**

Frau Schmidt berichtet, das RPA bereite sich zurzeit auf die Prüfung des Gesamtabchlusses vor. Dazu sei bisher die Prüfung des für die Erstellung der Konzernbilanz genutzten Programm-Moduls SAP SEM BCS vor Inbetriebnahme erfolgt; hierbei handle es sich um eine Pflichtprüfung. Das RPA habe einen kompetenten Wirtschaftsprüfer als Berater und habe bereits einen Schulungsblock abgeschlossen. Die erste Konzernbilanz solle zur Sicherung der Qualität mit Hilfe dieses Beraters geprüft werden. Zurzeit sei das RPA also mit der Klärung von Grundsatzfragen beschäftigt, ab Januar wolle es mit der Prüfung der Konzernbilanz beginnen, die am Montag als Entwurf in den Rat eingebracht werde. Die Prüfung der Konzernbilanz 2010 solle möglichst bis zum Eintreffen des nächsten Jahresabschlusses, also ca. bis März/April 2014 abgeschlossen werden. In Zukunft müsse man dann pro Jahr mindestens zwei Konzernabschlüsse prüfen um aufzuholen. Dies sei besonders anspruchsvoll, da man sich auf diesem Gebiet noch nicht auskenne. Man arbeite daran, zusammen mit der Kämmererei neue Wege zu finden, um diese Aufgabe qualitativ ordentlich zu bewältigen. Das RPA werde hierüber fortlaufend berichten.

Die **Vorsitzende** bedankt sich für die Aufmerksamkeit und wünscht den Anwesenden ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Übergang.